

## Geschäftsbericht 2003

### Konferenzen

Zweimal jährlich wird die Mitgliederversammlung der Städteinitiative durchgeführt, an der sowohl die politische Ebene als auch die Verwaltung teilnimmt. Diese Konferenzen sind gut besucht, was zeigt, dass der Informationsgehalt sowie die Möglichkeit des Austauschs für die Mitglieder wichtig ist.

### Asyl Suchende zur Rückkehr befähigen

An der **Frühlingskonferenz** stand der Asylbereich im Zentrum der Diskussion. Die Städteinitiative Sozialpolitik will die Rückkehrfähigkeit von Asyl Suchenden erhalten und sie während ihres Aufenthaltes in der Schweiz beschäftigen und bilden. Sie forderte mit einem 8-Punkte-Katalog unter anderem, dass genügend Beschäftigungs-, Arbeits- und Ausbildungsprogramme finanziert werden. So ist das Geld sinnvoller angelegt, als wenn Asyl Suchende mit Arbeitsverboten zum Nichtstun verurteilt und von staatlicher Fürsorge abhängig gemacht werden.

### In die Zukunft von Kindern und Jugendlichen investieren

Kinder und Jugendliche müssen eine Ausbildung erhalten, solange sie in der Schweiz sind. Sie brauchen eine berufliche Ausbildung, die ihnen eine Zukunft im Herkunftsland ermöglicht. Denn viele von ihnen kehren nach einer gewissen Zeit zurück.

### Zusammenarbeit zwischen Städten, Kantonen und Bund institutionalisieren

Für Asylfragen können Lösungen nicht auf einer einzigen politischen Ebene oder gar an einem einmaligen Treffen gefunden werden. Damit asylpolitische Fragen koordiniert und kontinuierlich bearbeitet werden können, muss das Thema der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) übertragen werden.

### Wenn die eine Hand gibt und die andere nimmt

Die **Herbstkonferenz** setzte sich mit dem Thema Existenzsicherung und der SKOS-Studie zur Existenzsicherung im Föderalismus auseinander.

Wie viel Geld eine Familie fürs Haushaltsbudget verfügbar hat, hängt von zahlreichen Faktoren ab: von Kinderbetreuungskosten, Familienzulagen, KVG-Prämienverbilligung, den Steuern usw. und auch davon, in welchem Kanton sie wohnt. Denn die sozialpolitischen Rahmenbedingungen sind von Kanton zu Kanton höchst unterschiedlich. Die Städteinitiative Sozialpolitik hält diese Differenzen für sozialpolitisch bedenklich. Sie fordert, das komplexe System der Existenzsicherung als Ganzes zu betrachten und bes-

Präsidium  
Ruedi Meier  
Sozialdirektor, Luzern

Vice-Présidence  
Marie-Thérèse Maradan  
Ledergerber  
Directrice des Affaires  
sociales, Fribourg

**Geschäftsstelle**  
Stadt Luzern  
Sozialdirektion  
Beat Däppeler  
Hirschengraben 17  
6002 Luzern  
T 041 208 81 32  
F 041 208 87 39  
staedteinitiative  
@stadtluzern.ch

**www.**  
**staedteinitiative.ch**

Secrétariat Suisse  
latine  
initiative-villes@  
lausanne.ch

ser zu koordinieren. Dazu müssen Bund, Kantone und Gemeinden über die Bücher.

### **Existenzsicherung ganzheitlich verstehen und koordiniert gestalten**

Die sozial-, familien- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen gestalten weit gehend die Kantone und dies sehr unterschiedlich. Daraus erklären sich die grossen Ungleichheiten, wie die SKOS-Studie belegt. Danach kann das verfügbare Einkommen einer Familie bei gleichem Netto-Einkommen bis zu mehr als 20'000 Franken variieren, je nachdem, ob sie im Kantons-hauptort A oder B wohnt.

### **Erwerbsarbeit muss sich lohnen**

Die Städteinitiative hat die Kantone eingeladen, ihre Systeme der Sozialen Sicherung und die Steuergesetze in den komplexen Zusammenhängen und Wechselwirkungen zu überprüfen und als Erstes Anreize zu schaffen, dass sich Erwerbsarbeit auf jeden Fall lohnt. Der Bund wird zu einer Gesamt-schau der Sozialen Sicherheit aufgefordert. Er soll eine bessere Koordina-tion zwischen den Sozialversicherungen, den Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe gewährleisten. Schliesslich wirft die Städteinitiative auch die Frage nach einem Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung auf, das die grossen Unterschiede zwischen den Kantonen langfristig verkleinern könn-te.

### **Familienpolitik**

Die Städteinitiative arbeitet aktiv mit Ruedi Meier als Vertreter in der Per-spektive Familienpolitik mit. Die SODK hat eine Studie „Massnahmen zur gezielten Unterstützung von einkommensschwachen Familien“ durch das Büro BASS erstellen lassen. Eine Vernehmlassung der SODK bei den Kanto-nen ergab folgende vier Schwerpunkte:

1. Harmonisierung der festen Familienzulagen
2. Ergänzende Familienzulagen für einkommensschwache Familien
3. Familienergänzende Kinderbetreuungsangebote
4. Massnahmen im Bereich der Steuerpolitik

Diese Forderungen decken sich mit dem 4-Säulen-Prinzip der Städteiniti-ative zur Familienpolitik von 2001.

Die Perspektive Familienpolitik hat sich beim National- und Ständerat für die Mutterschaftsversicherung stark gemacht.

## **Sozialhilfe im Städtevergleich – Kennzahlenbericht 2002**

### **Schlechte Wirtschaftslage belastet die Sozialhilfe**

Trendwende in der Sozialhilfe: Ging die Zahl der Sozialhilfe Beziehenden 2001 noch zurück, stieg sie im Jahr 2002 in vier von acht untersuchten Städten wieder an. Nach wie vor sind Kinder und Jugendliche doppelt so häufig wie andere Altersgruppen auf Sozialhilfe angewiesen.

Der Kennzahlenbericht 2002 zur Sozialhilfe, der fünfte in Folge, wurde von der Städteinitiative Sozialpolitik in Auftrag gegeben. Acht Städte nahmen am Vergleich teil: Basel, Bern, Luzern, Schaffhausen, Winterthur und Zürich; Frauenfeld und Uster machten 2002 erstmals mit.

Die Zahl der Sozialhilfe Beziehenden war in Basel, Frauenfeld, Winterthur und Zürich im Jahr 2002 höher als im Vorjahr, spätestens ab Herbst 2002 stiegen die Fallzahlen auch in den anderen vier Vergleichsstädten an. Verantwortlich dafür dürfte die schlechte Wirtschaftslage sein.

### **Junge Menschen zunehmend betroffen**

Besondere Sorge bereitet den Verantwortlichen der hohe Anteil der jungen Menschen, die vom Sozialhilfebezug leben. Bei jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren sind die Zahlen in sechs Städten – zum Teil markant – steigend. Am deutlichsten in Zürich, wo die Statistik zwischen Dezember 2001 und Dezember 2002 ein Plus von 22,5 Prozent ausweist. Für diese Menschen an der Schwelle zum Berufsleben ist entscheidend, ob eine berufliche Integration gelingt oder sich die materielle Abhängigkeit verfestigt. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind – wie schon in den Vorjahren – zwei Mal so häufig betroffen (8,4 Prozent) wie der Durchschnitt aller Bezüger (4,2 Prozent). Auch die Zahlen in dieser Altersgruppe stiegen, mit Ausnahme der Städte Bern und Luzern, wiederum an, in drei Städten auf über 10 Prozent.

### **Ergänzungsleistungen für Familien könnten Armutsrisiko markant senken**

Die Städteinitiative Sozialpolitik fordert seit Jahren, das System der Ergänzungsleistungen sei auf Familien auszuweiten. Die neusten Sozialhilfeszahlen belegen, wie notwendig ein solches Instrument ist, das auch das hohe Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche deutlich zu reduzieren vermöchte.

## Organisation

### Neue Mitglieder

Folgende zehn Städte sind neu der Städteinitiative Sozialpolitik beigetreten:

Baden, Bellinzona, Emmen, Kreuzlingen, La Neuveville, Lancy, Nyon, Schlieren, Sion, Thalwil. Wir heissen sie auch an dieser Stelle herzlich willkommen.

### Vertretungen in anderen Organisationen

Die Städteinitiative ist in den wichtigen sozialpolitischen Gremien vertreten:

- Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK), Vorstand: Ruedi Meier (Präsident Städteinitiative), Luzern
- SODK Beratende Kommission: Michael Hohn (Gruppe Leitende Angestellte Städteinitiative), Bern
- Perspektive Familienpolitik: Ruedi Meier, Luzern und Frauke Sassnick Spohn, (wissenschaftliche Mitarbeiterin Geschäftsstelle Städteinitiative), Winterthur
- Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK), Tripartite technische Arbeitsgruppe „Sozialpolitik“, Walter Amelia, Zürich.

### Ausblick

In der zweiten Hälfte des Jahres hat das Büro der Städteinitiative die Geschäftsplanung für 2004 an die Hand genommen. Schwerpunkte an der Frühlingskonferenz sind die Themen Anreizsysteme in der Sozialhilfe, die schweizweit gültigen SKOS-Richtlinien und an der Herbstkonferenz der Themenbereich Neuer Finanzausgleich NFA und Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Familienpolitik bleibt Dauertraktandum der Städteinitiative.

Solange die gesamtschweizerische Sozialhilfestatistik des Bundesamt für Statistik (BFS) noch nicht verfügbar ist, wird der Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe weitergeführt. Künftig wird der Interpretation der Ergebnisse noch mehr Gewicht gegeben, und die quantitativen Resultate werden durch Schlussfolgerungen für Verwaltung und Politik ergänzt.